



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Bund der Kaufleute. Aus Berlin kommt die Nachricht, daß die Delegierten von 124 kaufmännischen Vereinigungen ganz Deutschlands beschlossen haben, einen Bund der Kaufleute zu begründen. Der Kaufmannsstand — so wurde in der Sitzung ausgeführt — hat bisher keine Organisation gehabt, die seine Interessen in der Öffentlichkeit mit dem wünschenswerten Nachdruck hätte wahrnehmen können. Darum ist der Kaufmannsstand bisher unterschätzt, sind seine Interessen vernachlässigt worden. Der Bund der Kaufleute soll hierin Wandel schaffen. In bewußter Einseitigkeit soll er die gemeinsamen Interessen des Handelsstandes wahren und die Gesetzgebung in dieser Richtung beeinflussen. Jeder, der dem Handelsstande angehört, ist zum Mitgliede berufen, ob er selbständiger Kaufmann oder Handlungsgehilfe, ob er Großkaufmann oder kleiner Krämer ist; alle, ohne Rücksicht auf politische Parteianghörigkeit, ohne Rücksicht auf soziale Stellung. Auch wenn es in der Versammlung nicht ausdrücklich ausgesprochen worden wäre, würde es jedermann sofort erkennen, daß dieser Bund mehr noch als im Namen in der Sache dem Bunde der Landwirte gleichen soll. Einseitige Interessenvertretung, mechanische Massenwirkung! Wir zweifeln nicht, daß der neue Bund Anklang finden wird, wir halten es nicht für ausgeschlossen, daß im nächsten Jahre nach dem Bunde der Landwirte der Bund der Kaufleute im Zirkus Renz zu Berlin seine Feeresschau halten wird, daß schließlich auch der beweglichere Kaufmann durch die Zahl dieselbe Massenwirkung erzeugen wird, wie der gewichtige Landwirt. Doch gleichviel, wie sich der neue Bund auch künftig entwickeln wird, schon die Tatsache seiner Gründung ist für den, der die innerpolitische Entwicklung Deutschlands in den letzten Jahrzehnten verfolgt hat, von Bedeutung, sie ist ein weiterer Schritt auf dem Wege der Entwicklung, die schließlich zum Zerfall der alten politischen Parteien und zu deren Ersetzung durch wirtschaftliche Interessenvertretungen führen wird. Den Anfang dieser Entwicklung bezeichnet die Entstehung der sozialdemokratischen Partei. Denn abgesehen von der politischen Verbrämung des Parteiprogramms ist diese Partei ihrem innersten Wesen nach nichts als eine Organisation zur einseitigen Vertretung der Arbeiterinteressen, ein Bund der Arbeiter, die Arbeiterpartei, wie sie sich selbst so oft bezeichnet. Mag immerhin der wissenschaftliche Sozialismus die kommunistische Organisation der Volkswirtschaft als das Ideal bezeichnen und damit nicht nur den Interessentkreis der Arbeiterklasse, sondern den des ganzen Volks berühren, davon ist er doch überzeugt, daß eine solche alles umfassende Neuordnung nicht mit einem Schlage, nicht in der nächsten Zeit verwirklicht werden kann, sondern nur auf dem Wege allmählicher, organischer Weiterentwicklung des Bestehenden, als das Ergebnis eines vielleicht noch Jahrhunderte dauernden Umwandlungsprozesses. Je weiter aber ein Ideal von seiner Verwirklichung entfernt ist, desto weniger ist es geeignet, Norm und Richtschnur einer Partei zu sein, die sich praktisch in der Gegenwart betätigen will. Und wenn ferner die sozialdemokratische Partei die demokratische Republik als die beste Staatsform bezeichnet, so hat auch das nicht viel mehr als eine wissenschaftliche Bedeutung; die Partei ist sich über die tiefste Ursache ihrer verbenden Kraft viel zu klar, als daß sie ihre Kräfte in dem Kampf um eine Staatsform vergeudet, die bedeutungslos wäre, wenn nicht zugleich der soziale und wirtschaftliche Aufbau des Volkskörpers von Grund aus umgewandelt würde, von der sie aber hoffen kann, daß sie einst als das natürliche Ergebnis der erstrebten innern Umwandlung des Volkskörpers wie eine reife Frucht in den Schoß der kommunistisch organisierten menschlichen Gesellschaft fallen wird. Soweit also die sozialdemokratische Partei als eine in der Gegenwart und für die Gegenwart wirkende Partei in Betracht kommt — und bei der Beurteilung der gegenwärtigen innern politischen Verhältnisse kommt sie nur als solche in Frage —, bleibt von ihrem Parteiprogramm nichts übrig als die einseitige Wahrnehmung der Interessen

des Arbeiterstandes. Ob sie als eifrigste Hüterin des allgemeinen gleichen Wahlrechts in die Schranke tritt, ob sie als Anwalt der konsumierenden Bevölkerung gegen jegliche schutzöllnerische Politik zu Kampfe zieht, ob sie auf die Eroberung der Vereins- und Versammlungsfreiheit ausgeht, immer ist es ein Kampf für die Interessen des Arbeiterstandes. Und mag sie in ihrer agitatorischen Tätigkeit noch so oft die Lichtbilder ihrer kommunistischen und demokratisch-republikanischen Zukunftsideale vorführen, sie ist sich bewußt, daß sie ihre Daseinsberechtigung nur durch ihr Wirken innerhalb der bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung beweisen kann, aber auch sie kann ebensowenig wie jede andre Partei das Mäntelchen der Wissenschaftlichkeit und der Idealität entbehren, um die Nacktheit ihrer Interessenpolitik zu verhüllen.

Die Gründung des Bundes der Landwirte ist eine weitere Etappe auf dem Wege derselben Entwicklung. Erzeugt durch die Notlage der deutschen Landwirtschaft, genährt von der Überzeugung, daß diese Notlage durch die agrarfeindliche Politik der Regierung und der Mehrheit der politischen Parteien verursacht sei, ist dieser Bund und will er nichts andres sein als eine Organisation zur einseitigen Wahrnehmung der Interessen der Landwirtschaft. Auch er entbehrt nicht des Mäntelchens der Wissenschaftlichkeit und der Idealität. Überreste physiokratischer Lehren und der Glaube an die staatserhaltende Kraft des Bauernstandes kommen ihm zur Hilfe.

Wie aber jede solche Entwicklung mit ihrem Fortschreiten in steigender Progression an Umfang und Schnelligkeit zunimmt, so sehen wir auch jetzt immer mehr Ansätze zu Interessenorganisationen entstehen. Fast hatte es den Anschein, als ob der vor einigen Jahren gegründete Handelsvertragsverein eine neue machtvolle Vertretung der Interessen der Industrie und des Handels werden sollte, aber er konnte das nicht werden, weil er seine Tätigkeit auf das Gebiet der Handelspolitik beschränkte und deshalb nicht zur Vertretung der Gesamtheit der Standesinteressen gelangte. Dieses Ziel hat sich die eingangs erwähnte Neubildung auf demselben Gebiete gesteckt.

Noch immer hat die Geschichte es bestätigt, daß radikale Parteien die größte Anziehungskraft auf die Massen ausüben. Haben sie aber die Massen für sich, so haben sie Macht. Kann man es leugnen, daß schon heute die sozialdemokratische Partei und der Bund der Landwirte Mächte sind, die unsere innerpolitische Entwicklung beeinflussen? Aber wie der physische Druck, je stärker er wird, einen desto stärkeren Gegendruck erzeugt, so ruft auch die wachsende Macht einer politischen Partei die Gegenwirkung der entgegenstehenden Interessen hervor, und wo diese in ihrer Zerspaltung zu schwach sind, vereinigen sie sich, und das um so schneller und fester, je stärker der Druck ist, dem sie widerstehen wollen. So hat der Bund der Landwirte den Handelsvertragsverein und neuerdings den Bund der Kaufleute hervorgerufen, so hat die sozialdemokratische Partei das Kartell der sogenannten Ordnungsparteien herbeigeführt. Freilich auf die Dauer wird dieses Gemisch der verschiedensten Parteien der Macht der Sozialdemokratie nicht gewachsen sein. Gegen eine radikale und fest organisierte Partei kann immer nur wieder eine radikale und fest organisierte Partei ankämpfen. Allerdings dürfte die Entwicklung kaum zu einer einheitlichen Organisation aller Unternehmer führen, denn die Interessen dieser sind zu verschieden, als daß eine solche Organisation mehr als die rein negative Seite der Abwehr gegenüber der Sozialdemokratie hervorheben könnte. Daß dieses aber keine geeignete Grundlage für eine lebensfähige und kräftige Organisation ist, beweist das Kartell der Ordnungsparteien. Wir werden vielmehr noch andre radikale Interessentenorganisationen entstehen sehen, wie die sozialdemokratische Partei, wie den Bund der Landwirte, wie neuerdings den Bund der Kaufleute. Damit aber wird das Ende der alten politischen Parteien gekommen sein. Der Anfang vom Ende ist schon da. Der Bund der Landwirte paßt nicht in die alten Parteiformen, ganz im Sinne des Radikalismus kennt er nur den Unterschied zwischen Bündler und Nichtbündler. Schon heute bereitet er sogar der

konservativen Partei Schwierigkeiten, und was schon bisher ausnahmsweise geschah, wird künftig immer häufiger geschehn, daß bei den Wahlen der Kandidat des Bundes der Landwirte gegen den Kandidaten nicht nur des Kartells der Ordnungsparteien, sondern sogar gegen den der konservativen Partei aufgestellt wird. Und was hier schon auf dem Lande zur Tatsache geworden ist, das wird sich in den Städten wiederholen, wenn der Bund der Kaufleute zur Macht gekommen sein wird. So wird die Zukunft die Zeit des Kampfes der radikalen wirtschaftlichen Interessenvertretungen sein.

Wer wollte das Ende dieser Entwicklung mit Bestimmtheit voraussagen? Leidenschaftlicher als der Kampf der jetzigen politischen Parteien wird dieser Kampf der wirtschaftlichen Interessen werden. Keine menschliche Macht wird sich dem gewaltigen Strome dieser neuen Entwicklung widersetzen können. Dem Staate aber wird die Aufgabe entstehen, ihn in das Bett eines nutzbringenden Laufes einzudämmen. Wie aber das allgemeine gleiche Wahlrecht durch und mit den jetzigen politischen Parteien entstanden ist, so wird es mit diesen auch wieder fallen. An seine Stelle wird die gesellig geordnete Vertretung der wirtschaftlichen Interessen treten. Dann wird an Stelle leidenschaftlichen Kampfes friedliche Auseinandersetzung der verschiednen wirtschaftlichen Interessen treten. An Stelle der aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Volksvertreter eine Ständevertretung aller Berufsstände. Wohl mag mancher diesem Zukunftsbilde gegenüber an der Möglichkeit seiner Verwirklichung zweifeln. Wie vor allem soll die Schwierigkeit überwunden werden, jedem Stande eine seiner Bedeutung für die Allgemeinheit entsprechende Vertretung zu verschaffen? Aber liegt nicht schon eine Organisation fast unsrer gesamten industriellen Bevölkerung in den Berufsgenossenschaften vor? Haben nicht schon die Handwerker in den Gewerbekammern eine Organisation gefunden? Alle diese und ähnliche Organisationen bieten schon heute, wenn sie auch zunächst für andre Zwecke geschaffen wurden, gleichwohl eine geeignete Grundlage, auf der schließlich eine Ständevertretung in dem bezeichneten modernen Sinne aufgebaut werden könnte. Aber würde eine solche Vertretung wirtschaftlicher Interessen auch fähig sein, das Wohl der Gesamtheit zu fördern? Würde sie nicht des Idealismus gänzlich bar sein, ohne den schließlich auch der Staat verkommen muß, wie der Einzelne? Man kann den Zweifeln, die sich in diesen Fragen ausdrücken, nicht besser begegnen, als durch die Gegenfrage: Gibt das jetzige Wahlrecht eine Gewähr dafür, daß das Ergebnis der Wahlen dem Wohle der Gesamtheit entspricht? hat der Reichstag sich immer nur von idealer vaterländischer Gesinnung leiten lassen? In jedem Gemeinwesen erheben die verschiedensten, oft hart aneinanderstoßenden Interessen den berechtigten Anspruch auf Schutz. Dem allgemeinen Wohle kann deshalb nur in der Weise gedient werden, daß in der Politik eine Mittellinie gefunden wird, die sich von den Extremen der widersstreitenden Interessen gleich weit entfernt hält. Deshalb muß die gesunde Politik bei jeder Maßnahme die Gesamtheit aller Interessen ins Auge fassen, muß das Gewicht dieser Interessen untereinander abmessen. Würde diese unendlich schwierige Aufgabe nicht wesentlich erleichtert werden, wenn der Reichstag das getreue Spiegelbild dieser Interessengesamtheit wäre? Während jetzt jede Wahl ein Kampf ist, worin jede Partei, unbekümmert um das Gesamtwohl, möglichst viele Mandate zu erobern sucht, würde dann in jedem Beruf nur das edlere Streben leben, das Glied des Standes zu wählen, das am fähigsten, am tüchtigsten erscheint, die Interessen des Standes zu wahren. Wenn so aus jedem Berufsstande die tüchtigsten und fähigsten Männer erwählt würden, welche Summe nationaler Intelligenz würde sich dann im Reichstag vereinigen!

Sollte die neue Entwicklung unsrer innern politischen Verhältnisse wirklich zum Untergang des allgemeinen gleichen Wahlrechts führen und es durch eine moderne Vertretung aller Berufsstände ersetzen, kein Gebildeter würde ihm eine Träne nachweinen, kein gerecht Urteilender würde eine solche Neugestaltung verdammen können.

D. M.

Die Entlassung des bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Crailsheim. Dieses politische Ereignis hat eine Anzahl von Gerüchten über Intriguen und den Einfluß fürstlicher Damen gezeitigt. Einer solchen Mythenbildung muß aber beizeiten vorgebeugt werden, denn Graf Crailsheim ist aus eigenem Verschulden gefallen. Er hatte seit geraumer Zeit nicht mehr das volle Vertrauen des Prinzregenten. Persönlich beliebt, wie der nunmehrige Ministerpräsident Baron Podewils, war der kühle Graf Crailsheim bei Hofe wohl nie, aber der Regent hat die Verdienste des Grafen immer in der wärmsten Weise anerkannt, die dieser sich in zweiundzwanzigjähriger Ministerschaft erworben hatte, und die ritterliche Natur des Regenten hat dem Grafen bei dessen Scheiden aus dem Staatsdienste noch besondere Auszeichnungen verliehen. Nun war der Wille des Regenten jederzeit auf ein friedliches, einträchtiges Zusammenwirken der Landesangehörigen ohne Unterschied der Konfession gerichtet. Diesem Grundsatz entsprechend lenkte auch Graf Crailsheim die innere bayerische Politik, seitdem er das Ministerpräsidium führte, aber in der Nachgiebigkeit gegen das Landtagszentrum mag er im einzelnen im Laufe der Jahre zu weit gegangen sein; das Zentrum fühlte keine energische Hand mehr, sondern sah nur die stete Nachgiebigkeit, und so wurden seine Forderungen immer größer; schließlich erreichte es auch ein in seinem Sinne zugeschnittenes Schulgesetz. Auch dieses Schulgesetz deckte Graf Crailsheim noch; seine anpassungsfähige Politik, sein Zavieren mit den kleinen Zügen und den großen Konzessionen und sein Bestreben, mit dem Zentrum trotz aller Angriffe dieser Partei einen *modus vivendi* herzustellen, reichten bis zum Eintritt der Krise heran. Als die erregten Debatten über das Schulgesetz im vorjährigen Landtage stattfanden, der Kultusminister v. Landmann fiel, und das Zentrum die Kunstvorlage ablehnte, hatte es der Ministerpräsident noch einmal in der Hand, durch die Auflösung des Landtags die Politik in seinem Sinne zu leiten. Die Beseitigung der Zentrumsmajorität und die Bildung einer neuen Majorität aus Liberalen, Bauernbündlern und Sozialdemokraten wäre damals möglich gewesen. Heute ist eine solche Majorität wohl kaum mehr zu erreichen. Graf Crailsheim hat damals den Ausweg der Landtagsauflösung nicht gewählt, jetzt war die Position des Zentrums nach der Ablehnung der Kunstvorlage, auch bei Hofe, keineswegs günstig, aber es gewann neuen Agitationsstoff durch das Ewinemünder Telegramm, und nun wurden die Vorstöße gegen das Ministerium Crailsheim fortgesetzt. Der letzte Vorstoß war der Parteitag des Zentrums im heurigen Januar. Und nun machte der bisher immer nachgiebige Ministerpräsident eine Schwenkung und verlangte schärfere Maßnahmen gegen das Zentrum. Auf seine Anregung hin wurde auch in der „Süddeutschen Reichskorrespondenz“ ein Artikel veröffentlicht, der dem Zentrum ein Halt zurief, und wie es heißt, sollte auch gegen Zentrumsführer, die in ihren Reden zu scharf geworden waren, vorgegangen werden. Das war ein taktischer Fehler, denn auf eine langjährige Politik des Zauderns und des Nachgebens setzt man nicht plötzlich eine Kampfespolitik. Graf Crailsheim fand also keine Zustimmung, weder bei seinen Kollegen im Ministerrat noch beim Hofe. Hier war er auch, seitdem Baron Podewils als Nachfolger des Herrn v. Landmann ins Ministerium getreten war, langsam in die zweite Reihe gerückt.

Die neue Politik, die Graf Crailsheim einleiten wollte, litt an einem großen Fehler, weil in Bayern augenblicklich gegen das innerlich außerordentlich erstarrte Zentrum gar nicht regiert werden kann. Der Liberalismus in der bayerischen Abgeordnetenversammlung ist tot, und die wenigen Führer haben, wenn nicht eine kräftige Agitation im Lande anhebt, keine Leute mehr hinter sich. Das zeigt sich jetzt wieder bei der Entlassung des Grafen Crailsheim, die in liberalen Wahlbezirken keine nennenswerte Bewegung hervorgerufen hat. Nun hätte ein Kampf der Regierung gegen das Zentrum in den altbayerischen Provinzen zwar nicht „die Volksseele“ zum Kochen gebracht, aber eine Reaktion von solcher Stärke hervorgerufen, wie sie im Interesse eines geordneten Staatswesens gewiß nicht wünschenswert gewesen wäre. Mit dieser Reaktion wäre aber das Ministerium

Crailsheim=Niedel=Feilitsch nach den bisherigen Erfahrungen gewiß nicht fertig geworden.

Zu diesem innerpolitischen Inponderabile trat noch ein persönliches Ereignis, bei dem Graf Crailsheim nicht glücklich gewesen ist. Als der Justizminister Baron Leonrod in Pension ging, war es der Wunsch der höchsten Stelle, den Reichsrat von Thelemann, der protestantischer Konfession ist, auf diesen Posten ernannt zu sehen. Der Ministerpräsident erlangte hiervon auch Kenntnis; die höchste Stelle wollte, wie es heißt, daß bei der Ernennung des neuen Justizministers keine konfessionellen Erwägungen mitspielten, aber das Ministerium sprach sich aus politischen Gründen gegen die Aufnahme eines weitem Protestanten in den Ministerrat aus. Herr von Thelemann, den auch einige klerikale Parteiführer gern als Justizminister gesehen hätten, und der als Staatsmann und Redner für einen außerordentlich begabten Mann gilt, wurde dem Ministerium ferngehalten. So zog sich die Ernennung des neuen Justizministers geraume Zeit hin, sodaß sogar ausländische Blätter ihre Glossen über die kleinzügige bayrische Politik machten. Als Justizminister wurde dann bekanntlich Reichsgerichtsrat Miltner, der katholischer Konfession ist, früher schon im bayrischen Justizministerium beschäftigt gewesen war und ein hervorragender Jurist ist, von Leipzig berufen. Dieser Vorgang scheint jedoch Nachwirkungen zurückgelassen zu haben. In protestantischen Kreisen hatte es Verstimmung erregt, daß sich in einem paritätischen Staate drei protestantische Minister — Crailsheim, Niedel, Feilitsch — gegen die Aufnahme einer geeigneten Persönlichkeit in das Ministerium wegen deren protestantischer Konfession ausgesprochen hatten, die politische Medisance aber bemächtigte sich des Vorfalls und sprach davon, daß nicht bloß die protestantische Konfession, sondern auch persönliche oder sachliche Aversionen eine Rolle gespielt hätten.

Nur, diese innerpolitischen Vorkommnisse vereinigten sich mit den Nachwirkungen der Swinemünder Depesche. Gerade hier aber muß der Mythenbildung gegenüber, die sich allmählich über den Sturz des Grafen Crailsheim verbreitet hat, vor einer Mißdeutung gewarnt werden. Das bayrische Herrscherhaus ist, wie es eigentlich keiner Erwähnung bedarf, reichstreu, und jede Beforgnis, daß unter Baron Podewils eine Änderung der Beziehungen Bayerns zum Reiche eintreten könnte, ist gänzlich ausgeschlossen. Aber bei aller Reichstreue, und hier vereinigen sich die Empfindungen der katholischen wie der protestantischen Landesangehörigen, will man die Selbständigkeit und die Reservatrechte unsers engern Vaterlandes unangetastet wissen. Wenn man auf die Empfindlichkeit der Bayern hierin Rücksicht nähme, würden manche Verstimmungen und manche Agitationen verhindert werden. Nun hatte der Prinzregent dem Reichskanzler Grafen Bülow seine Anerkennung über dessen Reichstagsrede bei der Debatte über die Swinemünder Depesche aussprechen lassen. Das war ein interner Vorgang ohne parteipolitisches Gepräge. Am Tage vor dem Beginn des Zentrumsparteitags in München wurde die Tatsache dieser Anerkennung oder, wie es damals hieß, dieses Dankes in den Münchner Neuesten Nachrichten an der Spitze des Blattes veröffentlicht. Ganz abgesehen davon, ob der Prinzregent diesen internen Vorgang an die Öffentlichkeit gebracht wissen wollte, wirkte die mindestens nicht opportune Veröffentlichung auf das Zentrum wie eine Fanfare. Das Weitere ist bekannt. Aus den Differenzen im Ministerrat heraus, wo die Opportunität dieser Veröffentlichungen beanstandet wurde, und wo Graf Crailsheim keine Majorität unter seinen Kollegen fand, reichte er sein Demissionsgesuch ein, auf dessen Ablehnung er hoffte — so wenig war er über den Wechsel der Stimmung bei Hofe informiert.

Die politischen Folgen dieser Entlassung werden sich nur auf das innerpolitische Gebiet erstrecken. Die nächste Folge wird ein frischerer Luftzug in der bayrischen Staatsverwaltung sein, denn wir stehn vor einer sich allmählich vollziehenden Umgestaltung des bayrischen Staatsministeriums. Die Stagnation, die nach und nach in unsern politischen Verhältnissen eingetreten war, wird zu Ende gehn. Wir lebten nachgerade in einen Zustand hinein, wo sich die politische Vorausicht fast von Landtagsperiode zu Landtagsperiode erschöpfte. Wohl ist es begreiflich, daß

sich die Initiative von Ministern, die viele Jahre am Ruder sind, mindert, aber die dringenden Staatsaufgaben mindern sich nicht. Und die bayerische Staatsverwaltung, die jetzt auch noch mit schlechten Finanzerträgen rechnen muß, steht vor neuen großen Aufgaben. Die Politik der Aushilfe und der kleinen Hilfsmittel reicht nicht in alle Zeiten aus. Es ist eines der größten Verdienste des Finanzministers Freiherrn von Riedel, daß er in jahrelanger steter Arbeit das Defizit im bayerischen Staatshaushalte beseitigt und durch Überschüsse eine Reihe dringender Staatsausgaben bestritten hat, die sonst auf den Anlehensweg hätten verwiesen werden müssen. Aber jetzt bleiben die Überschüsse aus, die Steuern reichen nicht mehr zu, und die Hilfsquellen der Gemeinden versagen allmählich. Eine gründliche Reform unsrer veralteten Steuergesetzgebung durch Einführung der allgemeinen Einkommensteuer und die Gesundung der Finanzverhältnisse durch Ertragssteuern wird immer mehr zum unabweisharen Bedürfnis. Freilich steht die bayerische Staatsverwaltung noch vor einer andern Aufgabe, der Reform unsrer Beamtengesetzgebung und der Aufbesserung der unzureichenden Gehalte der Beamten und Bediensteten. Diese Reformfrage ist über das finanzielle Gebiet hinausgewachsen, sie ist eine staatspolitische Frage geworden. Die Unsumme von Unzufriedenheit, teilweise von Erbitterung, die sich allmählich in der Beamtenschaft angehäuft hat, macht es dringend nötig, daß hier endlich eine energische und dabei wohlwollende Hand gründliche Besserung schafft. Auch andre Fragen, wie die Schaffung eines Verkehrsministeriums, die Reform unsrer Wassergesetzgebung usw. harren der Erledigung. Wir wollen hoffen, daß die frischen Kräfte, aus denen sich allmählich das Ministerium Podewils zusammensetzen wird, diese Fragen zum Nutzen unsers engern Vaterlandes lösen werden.

Griechenland und die Jesuiten. Professor A. Diomedes Kyriakos von der Universität Athen richtet folgenden Brief an die Revue Internationale de Théologie, an deren Spitze der bekannte altkatholische Gelehrte Professor Michaud in Bern steht, und die die hervorragendsten wirklichen Reformkatholiken und gelehrten Protestanten Europas und Amerikas zu ihren Mitarbeitern hat: „Die Nachricht der Zeitungen, wonach sich die Jesuiten und die übrigen Kongreganisten, die in der letzten Zeit aus Frankreich ausgestoßen worden sind, auf den Rat des Papstes hin in Griechenland, Makedonien, Bulgarien, der Walachei und den übrigen Staaten des Orients niederzulassen gedenken, hat hier einige Beunruhigung erzeugt. Griechenland und der ganze übrige Orient kennen die Jesuiten und ihre schlaue und gefahrvolle Wirksamkeit zur Genüge. Deshalb hat unsre theologische Fakultät in diesen Tagen an das Kultusministerium ein Memorandum gerichtet, worin sie die Gefahr zeigt, die für die orthodoxe Kirche und für die griechische Nationalität erwachsen würde, wenn sich die Jesuiten in Griechenland installierten; der griechischen Regierung empfiehlt sie, ihnen, wenn sie sie um die gesetzliche Erlaubnis ersuchen werden, diese zu verweigern. Dies ist sehr wahrscheinlich. Die Abfassung des Memorandums übernahm nach Beschluß der Fakultät der Schreiber des Briefes (Professor Kyriakos). Die Witschrift zeigt, wie die jesuitischen Schulen, wenn solche bei uns gegründet würden, nicht bloß gegen unsre Kirche fanatisch Proselytismus treiben, sondern auch eine antinationale, antigriechische Bildung unter der hellenischen Jugend ausbreiten würden. Sie betont, daß die jesuitischen Schulen von der Regierung keine Bestätigung ihrer Statuten, ferner auch keine staatliche Beaufsichtigung über ihre Schulbücher und ihr Personal dulden. Deshalb sind ja auch, wie bekannt, die Jesuiten aus Frankreich ausgetrieben worden. Diese Widersetzung gegen die Gesetze würde der schwachen Regierung viele Schwierigkeiten bereiten. Außerdem betont das Memorandum, daß die Bildung durch die Jesuiten deshalb antinational sein würde, weil sie der griechischen Jugend weder Liebe zu der griechischen mit der Nationalität so eng verbundenen Kirche, noch Begeisterung für das Griechentum überhaupt einflößen würde, sondern im Gegenteil nur Haß gegen die orientalische Kirche und gegen alles, was griechisch ist. Ferner, daß diese

jesuitische Bildung engmönchisch, mittelalterlich (»für den Ultramontanismus gibt es keine Verschiedenheit der Zeit, kein Mittelalter und keine Neuzeit«, Hoensbroech), fanatisch katholisch sei, und daß es nicht wahr wäre, sie sei humanistisch, klassisch; dann, daß sie nicht die freie Entwicklung des menschlichen Geistes verfolge und bezwecke. Endlich, daß deshalb die jesuitische Bildung eine antilibérale, reaktionäre sein würde, da bekanntlich die Jesuiten die fanatischsten Vorkämpfer der Reaktion und der rückgängigen Ideen und die größten Feinde des Fortschritts und der Freiheit seien.

Damit begründet die theologische Fakultät ihre Bitte an die Regierung, daß sie nicht allein die Erlaubnis, neue Schulen in Griechenland zu gründen, den Jesuiten verweigere, sondern auch die schon in Athen und in andern griechischen Städten bestehenden katholischen Schulen für Knaben und Mädchen strenger, als bis jetzt geschehen sei, beaufsichtigen lasse, da der Schaden, den solche Schulen stifteten, deren Leiter keine Gesetze achteten und der griechischen Jugend eine un-griechische Erziehung gäben, bedeutend sei. Überhaupt empfiehlt die Fakultät der Regierung, von allen Fremden, die Schulen leiten wollen, zu fordern, daß sie sich den gesetzlichen Bestimmungen unterordnen, da von der echt nationalen und echt hellenischen Bildung der griechischen Jugend die Zukunft Griechenlands abhängt.

Wer möchte leugnen, daß was die Griechen von den Jesuiten für ihr junges Vaterland fürchten, auch andre, auch ältere Nationen zu fürchten haben, wenn sie diese Internationalen aufnehmen? Mutatis mutandis könnte man alles in dem Briefe des Professor Myriakos gesagte auf unser Vaterland im allgemeinen und auf die deutschen Einzelstaaten, die die Kongregationen aufnehmen wollen, im besondern anwenden. — Mit der Zulassung der Jesuiten in Griechenland würde der Zweck des Bessarione, „diretto a facilitare l'unione delle Chiese“ zu nichte werden. Nur Vermehrung der Gegensätze und nicht das *Riunire le due nobilissime stirpe* da si lungo tempo e cotanto fra loro separate wäre die Folge.

M.

Die klassische Erziehung des römischen Volkes. Eine eigentümliche Neuerung, die darauf berechnet ist, die Erinnerungen an die große Vergangenheit des kaiserlichen Roms wieder zum Gemeingut des römischen Volkes zu machen, hat der Minister des öffentlichen Unterrichts Nunzio Nasi in einem Schreiben an den Bürgermeister Principe Prospero Colonna angeregt. Seine Absicht ist, das Bild der stolzen Herrscherin der Welt den heutigen Bewohnern lebendig zu erhalten. Jeder soll beim Wandeln durch die Straßen auf Schritt und Tritt erkennen, was hier einst gestanden hat; er soll sozusagen fortwährend an die stummen Zeugen der alten Zeit und an ihre Geschichte erinnert werden. Für diesen Zweck beansprucht der Minister die Mitwirkung der städtischen Behörde. Nach reiflicher Prüfung der umfangreichen archäologischen Forschungen der letzten Jahrzehnte, die viele der wichtigsten topographischen Fragen beantwortet haben, sollen in der ganzen Stadt, wo irgend Ruinen stehn, oder wo der Platz von frühern Bauten angegeben werden kann, Marmortafeln mit Namen angebracht werden. Große Komplexe, die noch existieren, wie die Thermen und Fora, sind ausgenommen.

Der Minister verweist als Beispiel auf den Raum zwischen den Plätzen Colonna und Venezia, die vom Corso und von der Piazza Navona begrenzt werden, und führt die große Reihe von Prachtbauten an, die diese Gegend einst schmückten. Auf diesem großen Rechteck stand längs der Via Lata, dem heutigen Corso, die die Triumphbogen der Kaiser Domitianus, Diokletianus und Claudius trug, die Saepta Julia, die von Julius Cäsar für die Volksabstimmungen erbaut worden war, eine siebenfache Halle, die durch acht Reihen von Säulen und Pilastern geteilt war, und die sich noch im Stadtplanfragment erhalten hat; daneben die Basilika des Neptun, umgeben vom Portikus der Argonauten. Dahinter lagen die ägyptischen Heiligtümer, das Neum und das Serapeum, der Minervatempel, die großen Anlagen des Agrippa, der Teich und der Kanal Euripus, die Thermen und das Pantheon; daran stießen die Thermen des Nero und des Alexander Severus; den Abschluß machte das

Stadium des Domitian, während das Theater des Pompejus mit dem Tempel der siegreichen Venus, der Curia und der hundertssäuligen Halle die südwestliche Ecke des Terrains abschloß. Die Piazza Colonna schmückte die Ehrensäule des Mark Aurel vor dem ihm gewidmeten Tempel, der von Säulenhallen umgeben war.

Noch viele andre müssen hier gestanden haben, von denen wir nur noch die Namen wissen, die aber einst, mit dem kostbarsten Marmor ausgelegt, schattige Anlagen aus Buchsbaum mit Wasserspielen und Brunnen umschlossen, offene Museen für Malereien, Statuen und andre Kunstschätze. Sind nun auch das Pantheon und die Ehrensäule weltbekannt, wer weiß etwas von dem übrigen?

Wer wird in der heutigen Börse trotz der noch stehenden elf Säulen der nördlichen Längseite die Neptunsbasilika suchen mit der Darstellung der 36 unterworfenen Provinzen des Reiches, von denen sich dreizehn wiedergefunden haben? Wer weiß, daß die Kirche S. Stefano del Cacco ihren Namen von einem hundsartigen Gotte aus dem Iseum führt, der hier gefunden wurde; daß der Klosterhof von S. Maria sopra Minerva auf dem Tempelplatz dieser Göttin steht; wer erinnert sich, daß der Palast Serlupi, das Heim des deutschen Künstlervereins, an das letzte Überbleibsel des durch Vanten immer mehr eingeschränkten Campus Martius stößt; wer sieht im Hause vor der Front des Pantheons den Arcus Pietatis, durch den man die Säulenhallen des Heiligtums betrat? Und schauen wir uns weiter in der Stadt um: wenn einer im Nationalmuseum die Prachtarbeit römischer Reliefskunst sieht, die Marmorquadern mit Fruchtblattranken und figürlichen Darstellungen, so weiß er kaum, daß die Ara Pacis, der sie angehörten, und die Professor Petersen kürzlich im Bilde so trefflich restauriert hat, auf der Piazza in Lucina stand neben dem Obelisken, der als Sonnenzeiger diente, und der jetzt vor dem Parlamentsgebäude auf Monte Citorio steht, und so noch vieles andre.

Durch einen solchen öffentlichen Unterricht des Volkes hofft der Minister ferner noch auf dessen Phantasie einwirken zu können, wobei auch die heroischen Taten der großen Vergangenheit nicht ohne Einfluß bleiben und patriotische Tugenden erwecken würden. Als Beispiel führt er an, daß eine Aufschrift an dem alten Tempel an dem Tiber, der jetzt in eine Kirche umgewandelt ist und einst der Fortuna mit dem Beinamen Virilis, der mannbaren, gewidmet gewesen sein soll, dem Volke zeigen könne, daß das flatterhafte Glück nur da festgehalten werde, wo die gesunde Kraft eines sich seines eignen Wertes bewußten Menschenschlages herrscht. — Über die Auffassung dieses Prädikats der Göttin ist freilich Ovid verschiedner Meinung, und andre sehen hier den Tempel der Matuta, einer Hafengottheit. Das zeigt, wie behutsam man wird vorgehn müssen. Bei dieser Gelegenheit wäre es gut, diesen aus republikanischer Zeit stammenden Bau wieder ganz freizumachen.

Es könnte nun gesagt werden, daß, solange auch noch andre Zweifel bestehen, wie z. B. über die Lage des prachtvollen Aurelianischen Sonnentempels, den Professor Hülsen am Abhange des Quirinalis in den Colonnagärten, Lanciani beim heutigen Hauptpostgebäude sucht, man sich doch in acht nehmen müsse, die Kritik herauszufordern. Aber ich denke, im ganzen würde dann die Polemik nicht nur die Gelehrten, sondern auch das Volk interessieren und vielleicht zu dem Resultate führen, Versuche anzustellen, die wieder der Wissenschaft zugute kämen. Am Ende weiß jeder, daß das Studium der Topographie des römischen Bodens noch lange nicht abgeschlossen ist. Aber eine Inschrift kann man auch leicht wieder ändern.

Der Bürgermeister der Stadt Rom hat dem ihm vorgeschlagenen Plan natürlich seine Mitwirkung versprochen.

f. Brunswick in Rom



Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig